

Re: Elektromobilität bis 2030

Grüne Öffentlichkeitsarbeit

5.9.2017 14:37

An klaus.knodt@arcor.de

- Schnellantwort
- Allen antworten
- Weiterleiten
- Löschen
- Aktionen

Sehr geehrter Herr Knodt,

vielen Dank für die E-Mail.

Also zunächst einmal: Wir GRÜNE wollen, dass es ab dem Jahr 2030 keine Neuzulassungen von Pkws mit fossilem Verbrennungsmotor mehr gibt. Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor, die bis 2030 zugelassen wurden, wären von diesem Verbot nicht betroffen und könnten auch weiterhin in Deutschland gefahren werden. Da ein Auto im Schnitt rund 20 Jahre genutzt wird, gehen wir davon aus, dass hier der vollständige Umstieg auf die E-Mobilität dann bis ca. 2050 dauern würde.

Sie fragen auch danach, was dann mit den Österreichern und Franzosen wird, die Deutschland als Transitland nutzen wollen. Wie gesagt handelt es sich bei dem von uns Grünen geplanten Aus für den Verbrennungsmotor um ein Zulassungsverbot und kein Fahrverbot. D.h. auch Autos mit Verbrennungsmotor aus dem Ausland könnten nach 2030 weiterhin auf deutschen Straßen fahren. Zudem ist es so, dass die österreichische Regierung ja bereits selber den Beschluss gefaßt hat, ab 2030 aus dem Verbrennungsmotor auszusteigen. Frankreich will ab 2040 aus dem Verbrennungsmotor raus. In Großbritannien, die Niederlande und Norwegen existieren auch bereits ähnliche Regelungen. Es ist also Deutschland, dass hier hinter seinen Nachbarn hinterhinkt und davon bedroht ist, bei der E-Mobilität abgehängt zu werden und nicht andersherum. Weitere Informationen können Sie übrigens auf folgender Seite unserer grünen Bundestagsfraktion finden:

<https://www.gruene-bundestag.de/mobilitaet/ausstieg-aus-dem-fossilen-verbrennungsmotor.html>

Die Energiewende im Verkehr setzt voraus, dass wir den Ausbau erneuerbarer Stromerzeugungskapazitäten zügig und entschlossen fortsetzen. Der künftige Strombedarf wird von der Entwicklung der Verkehrsnachfrage abhängen. Die heutige Fahrleistung von 45 Millionen Pkw mit Verbrennungsmotoren in Deutschland durch E-Autos zu ersetzen, würde sehr kostspielig und würde einen viel größeren Ausbau der Kapazitäten Erneuerbarer Energien erfordern. Deswegen wird die Energiewende im Verkehr nur gelingen, wenn wir gleichzeitig eine Verkehrswende einleiten und die Nutzung von Bahnen, Bussen, Carsharing und Radverkehr stärken.

Dabei gilt: Die gleichen Leute, die heute sagen, dass wir das nicht leisten können, haben auch behauptet der Atomausstieg ließe sich nicht mit Wind und Sonne auffangen. Wir wollen verhindern, dass es der Autoindustrie so geht, wie den Kohle- und Atomriesen E-On und RWE, die zu lange aufs falsche Pferd gesetzt haben.

In der Verkehrspolitik setzen wir GRÜNE daher grundsätzlich auf die

Vermeidung unnötiger Transporte, Verkehrsverlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel und auf konsequent umwelt- und klimaschonende Verkehrstechnik.

Wir wollen mehr umweltfreundlichen Schienenverkehr, wir wollen faire Preise und eine intelligente Vernetzung von Verkehrsmitteln, wir sind für ein Tempolimit und für eine ökologischere Ausrichtung der Kfz-Steuer. Wir wollen, dass die Kfz-Besteuerung nach CO₂-Ausstoß progressiv und nicht linear erfolgt. Und nicht zuletzt sehen wir die Zukunft unseres Verkehrs in der Elektromobilität - nicht nur bei Autos, sondern auch bei Bussen und Nutzfahrzeugen. Der Strom dafür muss aus erneuerbaren Energien kommen.

In unserem Bundestagswahlprogramm 2017 schreiben wir dazu auch:

"Die Bedingungen für den Verkehr in Deutschland sind derzeit einseitig auf das Auto ausgerichtet. Das wollen wir ändern, damit unsere Mobilität zukunftsfähig wird. An den Bundesverkehrswegen wollen wir eine Millionen neue Bäume pflanzen. Mit einem Bundesnetzplan anstelle des straßenlastigen Bundesverkehrswegeplans beenden wir GRÜNE das derzeitige Chaos in der Verkehrsplanung. Wir setzen auf: Erhalt vor Neubau, Schiene vor Straße, mehr Geld für Radwege. Verkehrsinfrastruktur als Daseinsfürsorge darf nicht privatisiert werden, auch nicht indirekt durch ÖPP oder wie bei der jetzt geplanten Bundesfernstraßengesellschaft. Wir lehnen die europafeindliche und bürokratische Ausländermaut ab und wollen sie schnellstmöglich wieder abschaffen.

Wir schaffen faire Wettbewerbsbedingungen für alle Verkehrsträger. Während jeder Zug auf jedem Streckenkilometer Trassengebühren bezahlen muss, ist nur knapp ein Prozent des Straßennetzes mautpflichtig. Wir wollen alle Lkw ab 3,5 Tonnen und schrittweise das gesamte Straßennetz der Bundes- und Landesstraßen in die Lkw-Maut einbeziehen. Das ist verursachergerecht, denn ein einziger voll beladener 40-Tonner verschleißt Straßen und Brücken so stark wie mehrere zehntausend Pkw. Sogenannte Gigaliner lehnen wir ab. Die Emissionen des Flugverkehrs tragen erheblich zur CO₂-Belastung bei. Deshalb müssen Fluggesellschaften endlich gerecht besteuert werden: Es ist nicht einzusehen, warum Airlines von der Kerosinsteuer befreit sind. Das wollen wir beenden. Der Einsatz von billigem Schweröl für Fracht- und Kreuzschiffe muss drastisch eingedämmt werden. Wir fordern und fördern die Umrüstung auf umweltfreundlichere Energieträger.

...

Entscheidend für die Verkehrswende sind gute Bahnen – im Fern- und im Nahverkehr. Wir GRÜNE wollen den öffentlichen Verkehr stärken und die Fahrgastzahlen verdoppeln. Wir wollen mehr Gütertransport auf Schiene und Wasserstraße und so die Straßen entlasten. Dafür schaffen wir eine bessere Wettbewerbssituation für die klimafreundlichen Verkehrsträger. Milliarden Euro werden derzeit in Subventionen für Diesel, Dienstwagen und Flugverkehr oder für überflüssige Straßen und Flugplätze verschwendet. Das ist ökologisch enorm schädlich. Wir wollen stattdessen Schienennetze und den Nahverkehr in Stadt und Land ausbauen und barrierefrei gestalten. Mit dem „Zukunftsprogramm Nahverkehr“ wollen wir das Angebot und die Qualität vor Ort mit jährlich einer Milliarde Euro verbessern. Außerdem wollen wir mehr in den Lärmschutz investieren. Für uns GRÜNE ist klar: Ab 2020 sollen keine lauten Güterwagen mehr eingesetzt werden."

Ich hoffe, ich konnte Ihr Anliegen zufriedenstellend beantworten.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Christian Mrowietz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bundesgeschäftsstelle
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

T: 030-28442-0

E: pr@gruene.de

I: <http://www.gruene.de/>

Jetzt im grünen Bundestagswahlkampf mitmischen:
www.gruene.de/mitmachen